
Motion Martin Christen, SP, Turgi, vom 22. März 2011 betreffend Erlass eines Mediengesetzes gemäss § 37 KV

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, zur Sicherstellung einer ausgewogenen, offenen, wahrheitsgemässen, sachlichen, transparenten, unzensurierten, unabhängigen und umfassenden Information der Bevölkerung dem Grossen Rat – gestützt auf § 37 der Kantonsverfassung – den Entwurf eines Mediengesetzes vorzulegen.

Begründung

Auf dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse rund um die AKW-Katastrophe in Japan gelangen auch in unserem Kanton immer mehr Fakten an die breite Öffentlichkeit, die den unglaublichen Machtapparat der Atomlobby, deren Arroganz, deren Verflechtungen mit den staatlichen und privaten Medien, der Wirtschaft sowie den bürgerlichen Parteien aufzeigen und eine Korruptionskultur aufdecken, die eher an die ehemalige DDR erinnert als an einen freiheitlichen, unabhängigen und demokratischen Staat. Fast die Hälfte der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist direkt involviert in diesen mächtigen, einer Oligarchie ähnlich funktionierenden, eine Art AKW-Staat im Staat bildenden Atomlobby-Kreis, der von weiteren bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern – oft gutgläubig und unkritisch – unterstützt wird.

Gleiches muss über die bürgerlich dominierten Medien – das Schweizer Fernsehen eingeschlossen – gesagt werden: Noch immer dürfen die von der AKW-Lobby finanzierten sogenannten "Atomenergie-Experten" täglich ihre den Richtlinien ihrer Auftrags- und Arbeitgeber angepassten, durch Selbstzensur zurecht gebogenen, DDR-mässig sprachgeregelten Statements im technokratischen AKW-Jargon verkünden: Aus einem negativ besetzten AKW wird ein verharmlosendes "KKW", aus einer nuklearen Katastrophe ein neutrales "Ereignis" oder ein "Störfall", aus einer atomaren Bedrohungslage für hunderttausende von Menschen ein menschenverachtendes „Restrisiko“.

Im Aargau wurde die bis zum vorletzten Wochenende geltende interne Zensur in der AZ-Monopol-Presse offenbar aufgehoben – die Journalistinnen und Journalisten dürfen offensichtlich jetzt endlich auch sehr atomkritische und die Atomlobby direkt attackierende Beiträge publizieren, ohne wie bis anhin gezwungen zu sein, die Atomenergie belastende News an unabhängigere, teilweise ausländische Medien weitergeben zu müssen. In dieses Bild der Unterdrückung der Meinungsfreiheit passt auch die systematische "Säuberung" und Zensurierung aller Wikipedia-Beiträge rund um die Atomenergie durch die AKW-Industrie. Gelöscht wurden dabei auch sämtliche Links zu Homepages atomkritischer Organisationen, so dass bei den Leserinnen und Lesern der Eindruck entstehen musste, da sei ständig eine professionelle Zensurbehörde nach stalinistischem Muster am Werk.

Um zu verhindern, dass schon nach kurzer Zeit – wenn über das Fukushima-"Ereignis" "etwas Gras gewachsen" ist –, wieder die alte, gleiche, millionenschwere Meinungswalze losgetreten wird, und um zu garantieren, dass das heutige AKW-"Glasnost"-Klima auch in Zukunft erhalten werden kann, braucht es dringend ein Mediengesetz, so wie dies § 37 der Kantonsverfassung seit 1980 vorsieht.

Es geht dabei nicht um Subventionierung, Einschränkung oder Gängelung privater

Massenmedien, sondern um den Schutz der Bevölkerung vor tendenziöser, einseitiger und gekaufter Meinungsmache sowie um den Schutz der Medienschaffenden vor Zensur sowie wirtschaftlichen und politischen Druckversuchen.

Unsere Demokratie, unsere pluralistische Gesellschaft lebt von der Meinungsvielfalt und verdient eine Medienlandschaft, die die Bevölkerung ausgewogen, wahrheitsgemäss, vielfältig, offen, objektiv, umfassend, unzensuriert und unabhängig informiert und alle Meinungen zulässt und respektiert, die den Grundsätzen unserer Verfassung nicht widersprechen.

Mitunterzeichnet von 14 Ratsmitgliedern